

**WIE KÖNNEN WIR DIE FREIHEIT SCHÜTZEN?  
Die strategischen Herausforderungen im  
südlichen Krisenbogen**

**Vortrag  
von  
Vizeadmiral a.D. Ulrich Weisser**

**bei der 30. "Economic Conference"  
der  
„Progress Foundation“**

**am 16. März 2010 in Zürich**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

## I.

Meine Damen und Herren,

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ist schwierig zu meistern. Aber sie würde völlig aus den Fugen geraten, wenn sie auch noch strategisch aufgeladen würde – durch Konflikte oder Kriege, die nicht mehr regional beherrschbar bleiben. Die Krisenbewältigung muss deshalb auch den Kontext zum globalen *Krisen- und Konfliktpotential* herstellen.

Im Vordergrund unseres Interesses steht aus verständlichen Gründen die Peripherie Europas, der südliche Krisenbogen. Er umfasst den erweiterten Nahen und Mittleren Osten – den Krisengürtel, zu dem auch der vom Terror gefährdete Mittelmeer-Raum Nordafrikas gehört. Er umfasst den israelisch-palästinensischen Konflikt, Irans nukleare Ambitionen, die Brüchigkeit Pakistans, den Krieg in Afghanistan und vor allem den islamistischen Terror von Gaza bis Mumbai. Außer Acht bleiben darf schließlich nicht die Piraterie, von der die Lebenslinien unseres Handels im Indischen Ozean bedroht werden, und es gehört auch dazu die indisch-chinesische maritime Rivalität im indischen Ozean.

## II.

Wir sind mit einer Lage konfrontiert, die von Unsicherheiten geprägt ist – durch demographische Entwicklungen, durch Migration, Klimawandel und schwindende Energiereserven, durch labile Strukturen von Staaten und Institutionen und durch die Schattenseiten der Globalisierung – mit internationalem Terrorismus, organisierter Kriminalität und asymmetrischen Bedrohungen. Strategische Risiken der Globalisierung wie die Verwundbarkeit der globalen Kommunikations-Strukturen, der zweifelhafte Umgang mit potentiell hochgefährlichen Technologien, die mangelhafte Sicherheit von Nuklearwaffen gegen missbräuchlichen Einsatz, der leichte Zugang zu Waffen aller Art oder auch der Mangel an demokratischer Kontrolle sowie die Kombination solcher Entwicklungen charakterisieren die Herausforderungen für Sicherheit, Wirtschaft und Stabilität.

Die Vereinten Nationen sehen sich gezwungen, in aller Welt Frieden zu schaffen. Explodierende Krisen und implodierende Staaten sind unter Kontrolle zu bringen; häufig brechen staatliche Strukturen zusammen. Gescheiterte Staaten- *failed states*- so wie Somalia oder demnächst vielleicht der Jemen sind Nährboden und Zuflucht für Terroristen.

Im Vordergrund der Gefahren steht der globale islamische Terrorismus, der *Djihad Terrorismus*. Er verfolgt mit einer langfristig angelegten globalen Strategie drei Ziele. Er will erstens die Schauplätze des Terrorismus in Nordafrika, der Golfregion und auf

dem indischen Subkontinent ideologisch vernetzen. Er möchte zweitens ethnische Konflikte islamisieren. Er nutzt drittens die Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität beim Rauschgifthandel, bei Geldwäsche und beim Menschen-smuggel.

Insgesamt zeigt sich, dass in einer interdependenten Welt alle Staaten verwundbar sind: unterentwickelte Länder auf Grund ihrer Schwäche und hoch entwickelte Industriestaaten auf Grund ihrer empfindlichen Strukturen. Jede Form internationaler Destabilisierung beeinträchtigt den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, zerstört Entwicklungschancen, setzt Migrationsströme frei, vernichtet Ressourcen, begünstigt politische Radikalisierung und fördert Gewaltbereitschaft. Solche Fehlentwicklungen tragen zerstörerische Einflüsse auch in die hoch entwickelten Gesellschaften. Bei negativem Verlauf kann dieser Zusammenhang auch in militärische Konflikte umschlagen.

In dieser Lage zeigt sich immer deutlicher, dass die Stabilisierung von konfliktträchtigen Regionen sich nicht auf militärische Interventionen beschränken darf. Die neuen Formen von Terror und Krieg als Ausdruck einer gestörten Weltordnung verlangen, alle Dimensionen einer weit gefassten Strategie zur Geltung zu bringen, die politische, die diplomatische, die kulturelle, die ökonomische Dimension und Militär nur als letztes Mittel.

Die neuen Risiken überschreiten Grenzen und Kontinente. Es reicht nicht, sich um Sicherheit *in* Europa zu sorgen, sondern wir brauchen Sicherheit *für* Europa.

### III.

Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist das Kernproblem des Nahen Ostens. Aber eine Lösung ist nicht in Sicht; gegenwärtig sind die Palästinenser in sich gespalten und dadurch ein schwieriger Verhandlungspartner; die Israelis sind skeptisch, ob sich die Situation überhaupt verbessern lässt; und die gegenwärtige Regierung lässt es sogar auf einen Streit mit Washington ankommen.

Kompliziert ist die Lage, *weil alles mit allem zusammen hängt*. Israel geht es vor allem um Sicherheit. Für Israel bedeutet Sicherheit nichts anderes als Existenzsicherung auf einem Territorium, auf das Israelis und Palästinenser einen historisch legitimized Anspruch geltend machen. Für beide ist dieser Anspruch Teil der nationalen Identität. Die geschichtliche Erfahrung gekoppelt mit der Erinnerung an die Judenvernichtung im Dritten Reich macht die Frage *Sicherheit für Israel zum allerwichtigsten Thema*; Israel will einen sicheren Frieden mit seinen arabischen Nachbarn. Sie sollen den Staat Israel anerkennen und Terrorismus aktiv bekämpfen. Hauptanliegen der Palästinenser ist ein lebensfähiger Staat auf der Westbank mit einer sicheren Verbindung zum Gaza-Streifen.

Syrien will die Golanhöhen zurück haben; das Land will sich aus der politischen und wirtschaftlichen Isolation befreien. Syrien instrumentalisiert die Hisbollah im Libanon, um Druck auf Israel auszuüben. Wenn dafür der Grund entfällt, entfällt auch das Motiv Syriens, die Hisbollah weiter zu stützen; denn religiöse Motive gibt es in Damaskus nicht. Diese Art der Stabilisierung des Libanon schwächt auch die Hamas und wird sie dialogfähiger machen.

Eine politische-diplomatische Offensive in Form einer Paketlösung, die Israel, den Libanon, die Palästinenser und Syrien einbezieht, wird es dem Iran erschweren, dort noch Einfluss auszuüben.

*Der Schlüssel für diesen politisch-strategischen Ansatz liegt in Damaskus.* Drei Kriterien werden ein Ergebnis bestimmen: der völlige Rückzug Israels vom Golan; die Lösung der engen syrischen Bindungen an den Iran und die Bereitschaft der USA und Europas ein Friedens-Abkommen finanziell und politisch zu stützen. Die Entsendung eines US-Botschafters nach Damaskus zeigt in die richtige Richtung. Für Israel wird ein Friedensschluss mit Syrien unschätzbare Vorteile haben. Künftig wird es keine Bedrohung mehr von allen Seiten geben. Israel kann sich ganz darauf konzentrieren, den Konflikt mit den Palästinensern weiter zu entschärfen und zu einer gütlichen Einigung unter Einschluss der Hamas zu führen.

Enttäuschend und lähmend auf die jüngsten Ansätze zu Friedensgesprächen zwischen Israelis und Palästinensern hat sich ausgewirkt, dass den Ankündigungen von Präsident Obama und seiner wegweisenden Rede in Kairo zu wenige Taten gefolgt sind. Das Abrücken Washingtons von der Aufforderung zum sofortigen BAUSTOPP in den Siedlungsgebieten war fatal. Bei weiteren Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der USA kann es nur um drei Kernelemente gehen. Washington muss zwar Israels vitale Interessen im Auge haben, aber auch auf essentielle Konzessionen dringen. Dazu gehört der Baustopp in den Siedlungsgebieten, das Zugeständnis, das Jerusalem Hauptstadt Israels und der Palästinenser werden muss und dass die Palästinenser einen größeren und zusammenhängenden Anteil des Territoriums erhalten: Nach der Devise Land für Frieden muss es zum Tausch von Gebieten kommen. Das Verhältnis von 22: 78 muss verändert werden.

In dieser konfliktbeladenen Region ist die Türkei ein Stabilitätsexporteur. Die türkische Regierung hat sich um einen politischen Ausgleich im Libanon bemüht. Besondere Bedeutung hatten und haben die vermittelnden „Proximity Talks“ zwischen Syrien und Israel.

### III.

In einem Umkreis von 3000 km um Teheran liegen sechzig Prozent der Weltenergieserven und zugleich die gefährlichsten Konfliktpotentiale der Welt. Die

politisch kaum berechenbare Staatsführung des Iran, seine Unterstützung von Hamas und Hisbollah gegen Israel und vor allem seine Nuklearpolitik geben Anlass zu Sorge. Wenn der Iran seine Raketen in den nächsten Jahren mit nuklearen Sprengköpfen bestücken würde, ergäbe sich eine existenzielle Bedrohung für Israel, aber bald auch für Europa. Die strategische Gesamtlage im erweiterten Nahen Osten würde sich dramatisch verändern.

Deshalb soll dem Iran der Zugang zu Nuklearwaffen verwehrt werden; es gilt, dafür eine politische Lösung zu finden. Voraussetzung dafür ist, die strategischen Motive für die iranischen nuklearen Ambitionen zu ergründen; nur so ist die durchaus nachvollziehbare Beurteilung der iranischen Sicherheitslage durch die Regierung in Teheran zu verstehen: Iran fühlt sich eingekreist und sieht sich bedroht durch unberechenbare Nuklearmächte und wachsende Instabilität in seiner Nachbarschaft. Außerdem pocht der Iran auf sein Recht, Atomenergie friedlich zu nutzen.

Der Iran möchte zu allererst Sicherheit in einer zunehmend destabilisierten Region und möchte langfristig dominierende Regionalmacht werden. Unter der Annahme, dass der Iran eine konstruktive Politik betreibt, spricht auch viel für einen solchen Ansatz.

Bisher waren die Verhandlungen mit dem Iran auf die Frage konzentriert, ob der Iran sich Nuklearwaffen zulegen will und ob es dafür Beweise gibt. Wahrscheinlich will der Iran nur in der Lage sein, die Bombe zu bauen – ohne es tatsächlich zu tun. Iran würde so zur "Nuclear Power in being". Diesen Status haben auch andere Schwellenmächte – beispielsweise Brasilien, mit dem der Iran neuerdings den Schulterschluss sucht.

Künftige Verhandlungen mit dem Iran können sich nicht allein auf die Aspekte Transparenz und Verbot beschränken. Sie müssen einem weiten Ansatz folgen: Einbezogen werden muss die Sicherheitsproblematik in der gesamten Golfregion, die weitere Präsenz amerikanischer Streitkräfte im Irak, die Rolle Syriens im Libanon und schließlich die Zusammenarbeit mit dem Iran bei der Stabilisierung Afghanistans. Ohne den Iran wird es keine regionale Stabilität geben.

Präsident Obama hat sich darauf festgelegt, dass er ohne Vorbedingungen mit dem Iran reden will. Schließlich haben die USA seit über dreißig Jahren den Dialog mit Teheran verweigert. Es wäre der Glaubwürdigkeit jeden Gesprächsangebotes dienlich, wenn Washington nicht mehr auf einen Regimewechsel in Teheran setzen würde –auch wenn dies angesichts der Unterdrückung der Opposition schwerfallen dürfte. Außerdem sollten sich die USA nicht zu viel davon versprechen, dass sie die militärische Option weiter auf dem Tisch liegen lassen. Nutzbar wird sie nicht sein. Das Problem ist militärisch nicht lösbar. Und die Reaktion Persiens auf einen Luftschlag ist ja voraus zu sehen: Es wird Angriffe auf US-Streitkräfte in Afghanistan und im Irak geben und wohl auch eine Blockade der Straße von Hormuz und damit

Stopp des Öl-Flusses aus dem arabischen Golf – ganz zu schweigen von terroristischen Einzelangriffen und der Solidarisierung der Nachbarstaaten mit dem Iran.

Teheran ist heute im Prinzip mehr denn je auf den Westen angewiesen. Diese Situation lässt sich in den Verhandlungen über das Nuklearprogramm nutzen, indem die Aussicht auf Investitionen, Know-how und Technologie verstärkt wird. Das iranische Regime muss Jahr um Jahr für eine Million junger Leute Arbeitsplätze finden, die es nicht gibt. 65 % der Bevölkerung sind jünger als dreißig Jahr. Der Iran ist das Schlüsselland der Region und so muss der Iran behandelt werden.

Eine Lösung der Krise muss allen Seiten etwas geben: *keine persischen Nuklearkoptionen, aber auch Sicherheit für den Iran in einem bedrohlichen Umfeld. Mit anderen Worten – Sicherheit vor dem Iran verlangt auch Sicherheit für den Iran.*

Es wird zuvörderst darum gehen, heraus zu finden, ob Teheran wirklich verhandlungswillig ist. Bisher gab es schon zwei Mal fast fertige Vereinbarungen, die dann jedoch nicht unterschrieben wurde. Es ist unklar, wer in Teheran wirklich was entscheidet – nicht einmal die Regierung in Washington oder die Spitze der EU kann diese Frage beantworten.

#### IV.

Die Hiobsbotschaften aus Afghanistan mehrten sich in jüngster Zeit. Die ISAF Truppen der NATO können die öffentliche Sicherheit und Ordnung nur punktuell garantieren. Die radikal-islamischen Taliban haben ihren Einfluss ausgeweitet und sind inzwischen auf 72 % des Landesterritoriums präsent. Sie vermeiden offene Auseinandersetzungen, schneiden den Nachschub für die NATO-Truppen durch Anschläge ab und bevorzugen Guerillataktiken; sie operieren mit Sprengfallen, Selbstmordattentätern und Hinterhalten.

Die vielen Opfer bleiben nicht ohne Wirkung in Amerika und Europa. Die mangelnde Akzeptanz des NATO-Einsatzes ist nicht auf Deutschland beschränkt. Kanada hat das Mandat für seine Truppen in Afghanistan endgültig bis 2011 begrenzt. Die Niederlande haben schon im Dezember 2007 angekündigt, dass ihre Truppen im Juli 2010 zurückgezogen werden. Der Versuch, diesen Termin nun auf Bitten des NATO-Generalsekretärs bis 2011 heraus zu schieben hat zum Fall der Regierung geführt. Das Unbehagen über eine scheinbar endlose Kampfpräsenz in Afghanistan hat auch in Dänemark und jetzt in Großbritannien zu heftigen kontroversen Debatten geführt

Die Berater des US-Präsidenten wollen wohl vermeiden, dass Präsident Obama mit dem Thema Afghanistan belastet wird, wenn es 2012 zum Wahlkampf für die Wiederwahl kommt; außerdem sprechen massive Haushaltsprobleme der USA für eine zeitnahe Lösung. Die USA wollen aber mit zusätzlichen 30.000 Soldaten

zunächst noch eine nachhaltige Anstrengung machen, in den nächsten zwei Jahren so viel wie möglich zu erreichen – bevor sie den Abzug einleiten. Die USA haben ihre Strategie für Afghanistan grundlegend revidiert, weil sie erkannt haben, dass der Einsatz sonst im Fiasko endet.

In Afghanistan gibt es unkontrollierbare Entwicklungen, die sich gegenseitig negativ beeinflussen. Dazu gehört die Wechselwirkung zwischen der Rolle der Taliban und dem internationalen Drogenkartell wie auch die Wechselbeziehung zwischen den Taliban und der Stärke der Al Qaida in dieser Region. Die verworrene Lage in Pakistan erschwert die Situation besonders.

Für ein armes Land, das von Stammesgegensätzen und rücksichtslosen Machtansprüchen rivalisierender „War Lords“ zerrissen wird, ist kaum Stabilität zu erwarten. Der Opiumanbau macht Afghanistan zu einem besonders schwierigen Fall. Seit Jahrzehnten forciert das internationale organisierte Verbrechen die Instabilität Afghanistans. Heute stammen 92 % Weltproduktion von Heroin aus dem Land. Taliban, Warlords und wahrscheinlich auch Regierungsstellen schützen den Anbau von Opium und seine Veredelung zu Heroin. Der kommerzielle Gegenwert ist enorm. Drogenkartelle und Taliban bilden eine sich gegenseitig begünstigende Allianz.

Jede künftige Strategie muss den Zusammenhang zwischen Drogenanbau und den Entwicklungschancen des Landes in den Vordergrund rücken. Am 11. August 2009 hat der Auswärtige Ausschuss des amerikanischen Senats festgestellt: „Die Taliban können nicht besiegt und es kann keine funktionierende Regierung geben, wenn nicht der Geldfluss versiegt, der aus der afghanischen Drogenindustrie stammt.“

Von den etwa 25.000 kämpfenden Taliban verfolgen etwa 8000 radikale Taliban im Gegensatz zu Al Qaida, die dem internationalen Terrorismus zuzurechnen ist, eine rein nationale Zielsetzung - den Aufbau eines Kalifats, eines fundamentalistischen Gottesstaates. Damit wäre eine verhängnisvolle Entwicklung in Pakistan und Indien verbunden.

Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten hat mir im Dezember in Washington gesagt:

- Präsident Karzai werde klare US-Vorgaben für seine Amtsführung bekommen, damit er gezwungen wird, effektiver zu regieren;
- die Ernennung von Ministern und Gouverneuren solle nur noch mit amerikanischer Zustimmung erfolgen - und nur dann, wenn die neuen Amtsträger Mohnanbau und Drogenhandel unterbinden und vor allem die weit verbreitete Korruption auf allen Ebenen der Regierung ausschalten, damit nicht weiter 70% der internationalen Hilfsgelder in Kabul versickern.
- der Aufbau der afghanischen Armee und Polizei solle wesentlich beschleunigt und der Grenzsicherung zu Pakistan hohe Priorität geben werden.

- mit Blick auf die unübersichtlichen, vielfachen zivilen Hilfsanstrengungen in Afghanistan werde es künftig nur einen zivilen Ansprechpartner für den Militärbefehlshaber geben, der alle Programme koordinieren soll. Diese Aufgabe hat der frühere britische Botschafter in Afghanistan übernommen.

Auf dieser Linie liegen auch die Ergebnisse der Londoner Afghanistan Konferenz vom 28 Januar 2010. Dort ist festgelegt, dass Afghanistan nun schrittweise die volle Verantwortung übernimmt. Außerdem wurde die afghanische Armee eine Umfangszahl Von 171.600 Soldaten für die Polizei eine Personalstärke von 134.000 bestimmt.

Neben der Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch afghanische Truppen und Polizei ist jetzt das Thema Versöhnung und Re-Integration sowie der Dialog mit den Taliban wichtig, die verständigungswillig sind und deshalb auch materiell unterstützt werden sollen. Afghanistan braucht eine neue Balance der politischen Kräfte im Land.

Die Suche nach dem dringlichen politischen Verhandlungs- ansatz darf sich nicht auf Kabul allein konzentrieren. Afghanistan ist ein ethnischer und machtpolitischer Flickenteppich. Deshalb macht einerseits ein Plädoyer für Dezentralisierung Sinn. Andererseits sollte der Regional- ansatz intensiviert, sollten die regionalen und globalen Mächte noch stärker mit einbezogen werden – natürlich Pakistan, aber auch Russland, Indien, China – und Iran. Ja – Iran. Kaum ein Land hat ein so massives Interesse an einer Eindämmung der Flüchtlings- und Drogenströme aus Afghanistan wie Teheran. Daran kann und sollte gearbeitet werden, trotz aller innenpolitischer Konvulsionen in Iran, und ungeachtet aller iranischen Trotzreaktionen in Sachen Nuklearentwicklung. Iran hat schon bei den Petersberg-Konferenzen in Deutschland vor Jahren seine Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit gezeigt – daran kann angeknüpft werden.

## V.

Ein zentrales politisches und strategisches Problem im erweiterten Mittleren Osten und vor allem auf dem indischen Subkontinent ist die Gefahr der Destabilisierung der ganzen Region – als Folge von grenzüberschreitendem Terrorismus, ethnischen und religiösen Rivalitäten ,aber auch schwachen Regierungen, die mit den Herausforderungen nicht fertig werden.

Die Anschläge in Mumbai im November 2008 haben Indien wie nie zuvor erschüttert. Dieser Anschlag hatte eine neue Qualität. Es war eine bewaffnete Aggression im Rahmen asymmetrischer Kriegsführung. Indien fühlt sich angegriffen und als Staat heraus gefordert. Die Sicherheitslage Südasiens hat sich dadurch verschlechtert und wird in Zukunft kaum noch von der Lage im Nahen Osten zu unterscheiden sein. Der islamistische Terror reicht jetzt geographisch vom Mittelmeer bis nach Myanmar. Die



Konfliktpotentiale reichen von der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung und dem konfliktgeladenen Umfeld, über den Krieg der Taliban bis zu den Spannungen zwischen Hindus und Moslems.

Im indischen Außenministerium betrachtet man Pakistan inzwischen weitgehend als einen „failed state“, einen Staat, dem die Kontrolle entglitten ist. In der Tat stehen etwa 40% des pakistanischen Territoriums nicht mehr unter der Kontrolle und Aufsicht des Staates; die Armeeführung hat mehr Macht als die Regierung; große Teile der Streitkräfte stehen nicht mehr unter politischer Kontrolle; der Geheimdienst ISI hat sich verselbständigt. Die größte Gefahr liegt im Zugriff der Terroristen auf die pakistanischen Nuklearwaffen.

Die Gefahr der Destabilisierung im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Terrorismus und der zunehmenden Unregierbarkeit Pakistans ist das unmittelbare Sicherheitsproblem Indiens. Indien verfolgt mehrere Optionen in seinem Krisenmanagement. Dehli zeigt sich einerseits gesprächsbereit. Andererseits ist man darauf vorbereitet, dass die Lage nicht außer Kontrolle gerät, wenn es zu weiteren schweren terroristischen Anschlägen kommt, die von Pakistan aus geplant werden. Eine militärische Reaktion Indiens wäre dann womöglich unausweichlich – und dies würde Krieg zwischen zwei Nuklearmächten bedeuten.

## VI.

Längerfristig macht sich Indien Sorge wegen der nur schwer zu deutenden Politik und Strategie Chinas, vor allem auch wegen maritimer Aktivitäten rund um den indischen Subkontinent. China verfolgt im Indischen Ozean die „Strategie der Perlschnur“. Sie stellt darauf ab, sich eine wachsende Zahl von Häfen und Stützpunkten rund um Indien zu sichern. China errichtet eine bedeutende Marinebasis mit weitreichenden Aufklärungsmöglichkeiten in Pakistan, nutzt dort Häfen und hat sich eine Bunkerstation in Sri Lanka gesichert. Das Regime in Myanmar wird von China mit Geld und Waffen massiv unterstützt; China baut dort Hafenanlagen für Handels- und Kriegsschiffe, und durch Pipelines und Straßen verbindet es dort zugleich den Golf von Bengalen mit seiner Provinz Yunnan. China plant außerdem einen Kanal durch die thailändische Halbinsel Malakka, um den Indischen Ozean mit der chinesischen Pazifikküste zu verbinden.

All diese Aktivitäten werden begleitet von einem strategisch ausgerichteten Neubauprogramm für die chinesische Marine. Mit einer pompösen Parade auf See hat China im vergangenen Frühjahr den 60. Gründungstag seiner Marine gefeiert. Bei dem Flottengeburtstag wurden der Welt auch die Ziele und die Großvorhaben des künftigen Flottenprogramms vorgestellt. Flugzeugträger werden demnach in absehbarer Zeit die Aktionsmöglichkeiten der chinesischen Marine dramatisch erweitern.

Diese Entwicklung macht die indische Regierung nervös. Chinesische Stützpunkte östlich und westlich von Indien sowie chinesische Waffenlieferungen an Anliegerstaaten des Indischen Ozeans führen dazu, dass Indien sich umzingelt und deshalb gezwungen sieht, seine eigene Interessensphäre deutlicher als bisher zu abzusichern. Die überlappenden politischen, ökonomischen und strategischen Interessen Indiens und Chinas im Indischen Ozean lassen zwar Raum für wirtschaftliche Kooperation; aber mehr und mehr tritt maritime Rivalität in den Vordergrund. Die amerikanische Pazifikflotte ist in dieser Situation von ausschlaggebender Bedeutung, um das strategische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten.

In der Antike war das Mittelmeer verbindendes und trennendes Element zwischen Europa und der afrikanischen Küste. Römer und Griechen wussten, dass es für sie keine Sicherheit ohne Überlegenheit auf See gab. Heute wird der Indische Ozean immer mehr entscheidend für das künftige Machtgefüge in Asien, vor allem zwischen Indien und China. Indien liegt geographisch in einer herausfordernden Umgebung; der Indische Ozean ist geprägt vom Golf von Aden mit den labilen Staaten Somalia und dem Jemen, von den besonderen Gegebenheiten in der Arabischen See und im Golf von Bengalen. Pakistan auf der einen Seite und Myanmar auf der anderen Seite sind die beiden Länder mit dem größten Potential für Instabilität. Indien hat mit drei Nachbarstaaten gemeinsame Seegrenzen; Indien will die Fähigkeit zum Schutz seiner maritimen Interessen durch die Modernisierung seiner Flotte steigern - und Pakistan macht das gleiche, obwohl das Land im Grunde bankrott ist.

Der Indische Ozean ist die wichtigste maritime Schlüsselregion Welt, vor allem für die Seewege zum Pazifik. Ein großer Teil des Welthandels - der zu 90 Prozent über See abgewickelt wird - geht über diese Routen. Jährlich befahren 25.000 Schiffe diese Routen.

Unsere Abhängigkeit vom Seeverkehr für Import und Export sieht sich mit neuen Gefährdungen wie *Piraterie* vor allem dort konfrontiert, wo sich Seeverbindungslinien bündeln – so wie vor dem Horn von Afrika. Unsere maritimen Interessen verlangen, den Seeverkehr zu sichern und für Kriseninterventionen von See aus vorbereitet zu sein.

Für die am Welthandel beteiligten Staaten muss es eine bare Selbstverständlichkeit sein, dass sich die Reeder auf den Schutz ihrer Schiffe durch den Staat verlassen können – sei es in nationaler Verantwortung oder auch im Zusammenwirken mit den Partnern.

Künftig spricht viel dafür, dass die Nato eine maritim geprägte Strategie braucht. Wir stehen wohl vor einer Renaissance global angelegter Flottenpolitik.

Angesichts der Herausforderungen für unsere Sicherheit stellt sich natürlich die Frage: Was ist zu tun, um den Gefahren zu begegnen, die sich im südlichen Krisenbogen entwickeln?

Dort sind schließlich Interessen Europas, Amerikas und Russlands gefährdet. Europa und Russland haben dort sich gegenseitig ergänzende Interessen, schon weil wir mit denselben Herausforderungen konfrontiert sind – den Quellen des internationalen Terrorismus vor unsere Haustür, der Notwendigkeit, den südlichen Krisenbogen zu stabilisieren, der wachsenden Bedrohung durch Raketen und dem Griff nach Massenvernichtungswaffen in dieser Region.

Und wie wird die NATO damit fertig? Stellt sich die Allianz der Nah-Ost Problematik? Fehlanzeige. Welchen Beitrag leistet sie zur Stabilisierung Pakistans? Fehlanzeige. Welche Exit-Strategie hat die NATO für Afghanistan? Fehlanzeige. Wie beurteilt die NATO die prekäre Sicherheitslage Lage Indiens und welche Konsequenzen ergeben sich für Europas Sicherheit. Keine Antwort. Warum verweigert die NATO den Dialog über die russischen Vorschläge für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur?

Das Bündnis dümpelt ohne straffe politische Führung vor sich hin und bietet kein überzeugendes Bild. Die öffentliche Zustimmung schwindet. Das Atlantische Bündnis benötigt deshalb dringend strategische Orientierung. In der NATO wird nun an einem neuen strategischen Konzept gearbeitet. Dieses Konzept wird dreierlei deutlich machen müssen:

Erstens: In einer multipolaren Welt mit wachsender Bedeutung Chinas und Indiens muss sich die NATO als strategische Klammer *der drei Mächtegruppierungen Nordamerika, Europa und Russland* verstehen, die mit denselben Herausforderungen konfrontiert sind und deshalb gemeinsame Antworten benötigen. Wir brauchen Russland und Amerika überall, wo es kritisch ist: in Afrika, auf dem Balkan, im Iran, in Afghanistan, im Nahost-Konflikt, für den Kampf gegen nukleare Proliferation und nicht zuletzt für Energiesicherheit.

Der Nahe und Mittlere Osten sind die krisenträchtigen Regionen der Welt und bedeuten für Europa eine ständige strategische Herausforderung. Zentralasien hat alle Ingredienzien für Krisen und Konflikte: immense Energievorräte, vielfache ethnische Gegensätze, korrupte Regime, islamische Fundamentalisten und ölbestimmte Gegensätze der Weltmächte. Wer die Lunte an dieses Pulverfass legt, kann nur verlieren. Georgien in die NATO aufzunehmen bedeutet nichts anderes – zumal wir dort kein vitales Interesse haben, das mit Militär verteidigt werden muss. Es verbietet sich also die Aufnahme von Staaten in die NATO, die nicht beitragsfähig sind und für das Bündnis keinen Zugewinn an Sicherheit bedeuten.

Zweitens: In der künftigen Strategie der NATO muss der Charakter des politischen Bündnisses unter gleichberechtigten Partnern wieder in den Vordergrund treten.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation war Ergebnis einer politisch angelegten Strategie. Deren höchstes Ziel war eine gerechte, friedliche und stabile politische Ordnung in Europa. Eine vergleichbare politische Strategie muss für die neuen Herausforderungen entwickelt werden. Daran muss Russland als gleichberechtigter Partner mitwirken.

Voraussetzung für eine solche Strategie ist die einvernehmliche Beurteilung der Gefahren und Herausforderungen, die Europas Sicherheit bedrohen. Die neue NATO-Strategie muss dieser elementaren Bedingung umso mehr entsprechen als die Mitglieder Allianz wie auch der EU über diese fundamentale Frage tief zerstritten sind. Dabei geht es im Wesentlichen darum, dass die neuen Mitglieder der NATO aus historischen Gründen ihre Sicherheit gegen Russland definieren, während Westeuropa dem Imperativ folgt: Sicherheit in und für Europa gibt es nur mit Russland und nicht gegen Russland.

Drittens: Im Gegensatz zu Russland hat die NATO bisher kein Konzept für Zentralasien und muss daher zu dieser wichtigen Region strategische Perspektiven entwickeln. Russland, China und die zentralasiatischen Staaten stimmen sich in „Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ) vor allem über Energiepolitik und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Zentralasien ab. Sie halten den Opiumanbau in Afghanistan für das zentrale Problem – nicht nur für die Stabilisierung des Landes, sondern auch für die Nachbarstaaten in der Region.

*Meine Damen und Herren,*

Die Schwächen der NATO sind unübersehbar. Aber auch die EU hat nicht vermocht, die Lücke zwischen ökonomischer und strategischer Handlungsfähigkeit zu schließen. Die internationalen Strukturen zur Konfliktlösung scheinen alle miteinander überfordert. Wir können aber die Freiheit nur schützen, wenn wir uns der Herausforderungen im südlichen Krisenbogen bewusst sind und internationale Anstrengungen neu bündeln, um kooperativen Multilateralismus wirksam zu machen. Der nun auch von Russland akzeptierte dreiseitige Ansatz ist dabei eminent wichtig. Nur die USA, Europa und Russland können für die Dynamik der asiatischen Mächte China und Indien das notwendige Gegengewicht bilden.